

Ungleichheit und Demokratie

„Ungleichheit ist Gift für die Demokratie.“
Roger de Weck, Ex-Chefredakteur der ZEIT

Der Kampf für mehr Demokratie steht in einem direkten Zusammenhang mit der Bekämpfung von zu großer Ungleichheit. Dieses Papier formuliert den Zusammenhang und die daraus erwachsenden Konsequenzen für den Verein Mehr Demokratie.

Demokratie und Sozialstaatsprinzip

Die Demokratie unterscheidet sich von anderen Staatsformen dadurch, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit gleichen politischen Rechten ausgestattet und in die Lage versetzt werden sollen, ihre Rechte auch wahrzunehmen.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, so lautet Art. 20 (1) Grundgesetz. Das hier verankerte, mit dem Demokratieprinzip verbundene Sozialstaatsprinzip verpflichtet nicht nur zur Schaffung sozialer Sicherungssysteme gegen die Härten des Lebens, sondern hieraus ergibt sich das Ziel der Chancengleichheit. Damit gemeint ist „die Angleichung der tatsächlichen Voraussetzungen zum Erwerb materieller und immaterieller Güter und damit der faktischen Vorbedingungen, die zur Nutzung der Freiheitsrechte notwendig sind“. ¹ Zudem ist der Gesetzgeber damit beauftragt, „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu sorgen“. ² Die wachsende Vermögensungleichheit stellt einen Auftrag an den Gesetzgeber dar, dieser Dynamik entgegenzuwirken.

Ungleichheit nimmt zu und viele Menschen haben den berechtigten Eindruck, dass ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala entstehen existentielle Ängste. Bildungsfernere Gruppen werden – und fühlen sich – immer weniger repräsentiert. Der klassische Mittelstand – die Facharbeiter, Bäuerinnen, Handwerker und Kleinunternehmerinnen – fühlen sich durch die Akademisierung der Arbeit zunehmend abgewertet. ³ Das trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen verlieren oder auf autoritär-populistische Parteien und Akteure setzen, die gerechtere Verhältnisse versprechen. ⁴

¹ Hans D. Jarras/Bodo Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar, Rn 118.

² BverfE 100, 271/284; 22, 180/204.

³ Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen – Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Edition suhrkamp, Berlin 2019

⁴ Nils Markwardt: „Es findet eine Verlust-Eskalation statt“. Die Zeit 16.1.2024, <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/andreas-reckwitz-soziologie-verlustparadox-liberale-demokratie>, aufgerufen am 31.1.2024

Gleichheit und Ungleichheit

Es gibt mehrere Arten von Ungleichheit:

1. materielle Ungleichheit,
2. Ungleichheit der Fähigkeiten und Eigenschaften der Menschen und
3. die ungleichen Chancen für Menschen in Institutionen, im Bildungssystem, in Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese drei Arten der Ungleichheit hängen auch ab von Geburt, Elternhaus, Bildung, Erziehung, Erbschaft und Einkommen, von Glücksumständen oder Unglücksfällen, aber auch von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Herkunft, Hautfarbe sowie körperlichen und geistigen Eigenschaften.

Die Zielsetzung einer gerechten Gesellschaft ist nicht die absolute Gleichheit. Denn Menschen sind nicht gleich. Sie unterscheiden sich in ihren Fähigkeiten und Eigenschaften und ihren Interessen und Wünschen. Der Sinn der Demokratie liegt darin, dass die Gesellschaft mit dem Ziel gestaltet wird, dass alle Menschen möglichst gleiche Chancen auf die Erfüllung ihrer Träume und Ziele haben.

Vor dem Gesetz sind die Menschen in ihren Rechten und Pflichten gleich: Neben dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20) ist die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz (Art 1-5) garantiert, verpflichtet das Eigentum (Art 14) und sind gleiche Rechte und Pflichten definiert (Art 33). Aber diese Artikel und ihre Auslegung konnten nicht verhindern, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklafft.

Ungleichheit in Deutschland

Die materielle Ungleichheit hatte nach dem 2. Weltkrieg bis Mitte der 70er Jahre durch die Sozialgesetzgebung und ein progressives Steuersystem in der BRD erheblich abgenommen. In den vergangenen 30 Jahren hat jedoch die Ungleichheit der Vermögen wieder stark zugenommen. Die ökonomische Macht ist in den Händen von etwa 4.000 Centimillionären und etwa 200 Milliardärsfamilien konzentriert.⁵ Viele von ihnen nutzen diese Macht massiv für die Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft.

Tatsächlich ist der Anteil der ärmeren Hälfte der Bevölkerung am Vermögen des Landes von 5 Prozent im Jahr 1980 auf 1,2 Prozent zurückgegangen.⁶ Ursache sind vor allem die Veränderungen des Steuersystems, insbesondere die faktische Abschaffung der Vermögens- und Erbschaftssteuern für Multimillionäre. Heute betrachten über zwei Drittel der Bevölkerung die Vermögens- und Einkommensverteilung in Deutschland als ungerecht.⁷

⁵ Boston Consulting Group: Global Wealth Report 2024, <https://www.bcg.com/publications/2024/global-wealth-report-the-gen-ai-era-unfolds>, aufgerufen am 15.12.2024; Andreas Bornefeld, Christoph Neßhöver: Das sind die 500 reichsten Deutschen. manager magazin, 4.10.2024, <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/milliardaere-das-sind-die-500-reichsten-deutschen-2024-exklusive-auswertung-a-801d1d75-143a-4204-900e-8d95db52e433>, aufgerufen am 9.10.2024

⁶ Julia Jirmann, Christoph Trautvetter: Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024. <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/infothek/jahrbuch-steuergerechtigkeit-2024/>, aufgerufen am 17.12.2024

⁷ Florian Diekmann: Bürger empfinden Deutschland als extrem ungerecht. Spiegel online, 5. 3. 2020, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buerger-empfinden-deutschland-als-extrem-ungerecht-a-bed86bc6-aecc-4b00-b0a5-a1519ebfc111>, aufgerufen am 15.12.2024

Während die Benachteiligung von Frauen und Minderheiten zum Teil durch Gesetze reduziert, aber leider nicht beseitigt wurde, hat die Ungleichheit durch Bildung, Abstammung, Religion und andere Faktoren weiter zugenommen. So klappt das Bildungsniveau zwischen Armen und Einwanderern einerseits und den Wohlhabenden andererseits immer weiter auseinander. Die Benachteiligung aufgrund von Herkunft, Religion und anderen Faktoren hat deutlich zugenommen.

Politische Auswirkungen der Ungleichheit

Das Grundgesetz garantiert uns demokratische Gleichheit. Ungleichheit aber hat erhebliche Auswirkungen darauf, wie mit diesen am Ausgangspunkt gleichen demokratischen Freiheitsrechten umgegangen wird:

- Sie führt zur ungleichen Beteiligung an Entscheidungen – insbesondere bei der Teilnahme an Wahlen.
- Sie führt zur ungleichen Repräsentation der benachteiligten Menschen oder der für sie wichtigen Themen in politischen Gremien. Fast 90 % der Abgeordneten im Bundestag haben einen Hochschulabschluss und kaum prekäre Lebensverhältnisse kennengelernt.
- Dies führt nachweislich dazu, dass die Interessen von Minderheiten/Benachteiligten und von armen Menschen kaum Chancen auf politische Berücksichtigung haben.
- Die Themen in der Öffentlichkeit werden maßgeblich durch Geld- und Bildungseliten – insbesondere über deren privilegierten Zugang zu den Medien bestimmt.

Immer mehr wissenschaftliche Betrachtungen kommen zu der Einschätzung, dass die westlichen Demokratien sich mehr oder weniger auf dem Weg zu Plutokratien befinden. Damit geht einher, dass die Demokratie immer stärker zu einem Instrument der Wirtschaft wird.⁸

Was kann die Politik beispielhaft vor allem gegen materielle Ungleichheit tun?

Denkbare politische Schritte sind:

- Zielvorgaben für das Steuer- und Sozialsystem in die Verfassung aufnehmen: Zum Beispiel eine Begrenzung der Vermögenskonzentration; eine Beschränkung der Spanne der Einkommen; ein maximaler Index für Ungleichheit.
- Regeln, die eine angemessene Repräsentation von benachteiligten Gruppen in politischen Ämtern und Gremien vorsehen.
- Gezielte Ausstattung der Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen mit Mitteln für eine Förderung der Benachteiligten.

⁸ Mark Schieritz: Auf dem Weg in die Plutokratie – Fragen an den Starökonom Branko Milanović. In der Zeit vom 12. Mai 2016, <https://www.zeit.de/2016/21/ungleichheit-einkommen-branko-milanovic-interview-armut-reichtum>, aufgerufen am 15. 12. 2024

- Stärkung der Demokratie in der Wirtschaft, damit die Menschen dort, wo die materiellen Grundlagen der Gesellschaft erarbeitet werden, mehr Demokratie erfahren und lernen.
- Steigerung der Attraktivität und der Möglichkeit politischer Partizipation aller Bevölkerungsgruppen.

Was folgt daraus für die Arbeit von Mehr Demokratie?

Eine wachsende Anzahl von Studien weist auf die schädliche Wirkung von Ungleichheit auf die Demokratie hin. Deshalb muss Mehr Demokratie das Thema adressieren. Allerdings ist Mehr Demokratie ein Fachverband für demokratische Prozesse – und kein Fachverband für soziale Ungleichheit, Steuerrecht oder Diskriminierung. Dennoch kann und muss Mehr Demokratie klar Stellung gegen Ungleichheit beziehen und den Zusammenhang von Ungleichheit und Demokratie deutlich machen, auch ohne Fachdiskussionen über Steuerrecht und andere Themen, mit denen Ungleichheit reduziert werden kann, zu führen.

Konkret bedeutet das, dass Mehr Demokratie durchaus Zielsetzungen wie eine Beschränkung des Maximalvermögens formulieren kann.⁹ Es ist aber nicht Aufgabe von Mehr Demokratie, zu erarbeiten und formulieren, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Ähnlich kann Mehr Demokratie fordern, dass Kinder aus armen Schichten, Kinder mit Migrationshintergrund oder mit Handicap gezielte zusätzliche Förderung benötigen. Wie diese Förderung aber aussehen sollte, kann und muss Mehr Demokratie nicht beantworten.

Dies bedeutet, dass Mehr Demokratie künftig die Forderung nach mehr Gleichheit als wesentliche Bedingung der Demokratie vertreten und in die politischen Debatten um die Zukunft der Demokratie einbringen sollte. Zu diesem Zweck sollte Mehr Demokratie sich auch an politischen Kampagnen und Bündnissen beteiligen, die sich für mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen.

- - -

Beschlossen von der Mitgliederversammlung von Mehr Demokratie e. V. im Mai 2025

⁹ Dies wird zunehmend sowohl von Ökonominnen, Philosophen und anderen Autoren gefordert, z. B.:

- Reynolds, Ingrid: Limitarismus. S. Fischer, 2024, S. 20
- Christoph Butterwege: Umverteilung des Reichtums. Köln 2024, S. 151
- Karl-Martin Hentschel, Alfred Eibl: Steuer-Revolution! - Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. Hamburg 2024, S. 10, Obergrenze ca. 25 Mio.
- Maja Göpel: Unsere Welt neu Denken – Eine Einladung. Berlin 2021, S. 175
- Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: Der Triumph der Ungerechtigkeit - Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Berlin 2020, S. 220 ff.
- Harald Trabold: Kapital macht Politik - Die Zerstörung der Demokratie. Marburg 2014, S. 422
- Christian Felber: Geld. Die neuen Spielregeln, Wien 2014, S. 215
- Thomas Piketty: Kapital und Ideologie. München 2020, S. 1206 - Obergrenze 10 Mio.
- Franklin D. Roosevelt, <https://www.zitate7.de/autor/Franklin+D.+Roosevelt>, aufgerufen am 17.12.2024
- John Stuart Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie (1857), in: Diehl, Karl/Mombert, Paul (Hrsg.), Grundsätze der Besteuerung. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Frankfurt a. M. 1982, S. 84ff